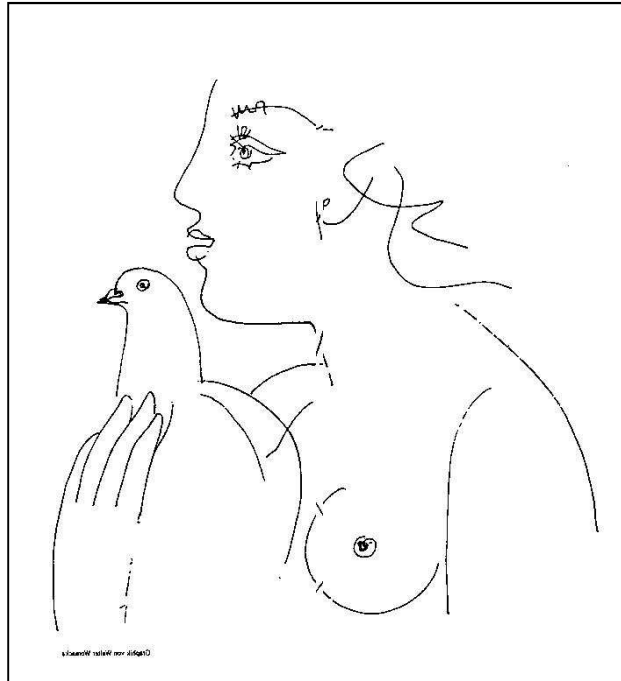


Nr. 174



Transformationsillusion und linke Strategie

von

Prof. Dr. habil. Herbert Meißner

Mitglied der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin

Quelle: Vortrag zur Veranstaltung »Das OKV diskutiert« am 20. Juni 2015

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.
Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de Homepage: www.gbmev.de/

Vorbemerkung:

In den letzten Jahren ist das Problem von Transformationsprozessen in der gesellschaftlichen Entwicklung immer stärker zum Gegenstand wissenschaftlicher Forschung geworden. Historiker, Ökonomen, Soziologen und Philosophen haben dazu verschiedene Studien vorgelegt. So haben Michael Thomas und Ulrich Busch in den Abhandlungen der Leibniz – Sozietät der Wissenschaften zu Berlin kürzlich zwei Bände mit Beiträgen zur "Transformation im 21. Jahrhundert" (insgesamt 619 Seiten) herausgegeben. Viele dieser Beiträge enthalten interessante Erkenntnisse und nützliche Anregungen.

Soweit so gut!

Wenn jedoch diese wissenschaftliche Thematik auf die gesamtgesellschaftliche Entwicklung in der Gegenwart und in beabsichtigter Zukunft bezogen wird, wird sie zum Politikum. Und wenn dies dann eingeordnet wird in parteipolitische Strategien, in parlamentarische Koalitionsbestrebungen und in bundesweite Wahlkampfaktik, dann ergibt das brisanten Diskussionsstoff.

Bei den verschiedenen progressiven gesellschaftlichen Kräften besteht Einigkeit darüber, dass an den bestehenden Verhältnissen vieles verändert werden muss. Das enthält aber zugleich die Frage, wie weit diese Veränderungen gehen sollen, auf welchen Wegen sie zu erreichen sind und welche Mittel dafür eingesetzt werden können. Hieran entzünden sich die Meinungsverschiedenheiten im linken Spektrum. Dabei ist eine gewisse Differenzierung notwendig. Eine Reihe von Studien wissenschaftsgeschichtlicher Art zu früheren Arbeiten von Karl Polanyi oder Norbert Elias, zu Edward Thompson, Taicott Parsons und Niklas Luhmann sind zwar interessant, stehen aber nicht in direkten Zusammenhang mit dem heute diskutierten aktuell – politischen Transformationsproblem. Welternährung oder Bevölkerungsentwicklung. Obwohl dabei mitunter der Begriff Transformation verwendet wird, hat dies zumeist wenig oder nichts mit der aktuellen Transformationsdebatte zu tun.

Deshalb müssen solche Arbeiten und ihre Autoren nicht unbedingt in die aktuelle politische Auseinandersetzung einbezogen werden, bei der es um die Kernfrage nach der Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise und um den Übergang zu einer neuen historischen Gesellschaftsformation geht.

Da dabei die von einigen Politikern und Theoretikern der Partei DIE LINKE vertretene und propagierte Transformationstheorie eine bedeutsame Rolle spielt, sind die nachfolgenden Überlegungen dieser Problematik gewidmet.

Ende November 2013 legten die beiden Vorsitzenden der Partei DIE LINKE Katja Kipping und Bernd Riexinger dem Parteivorstand ein 25-seitiges Papier vor mit dem Titel: „Verankern, verbreiten, verbessern.“ (ND 26. 11. 2013). Dieses Konzept soll der Diskussion über die Weiterentwicklung der Partei dienen und trägt damit strategischen Charakter. Dabei fällt auf, dass in dem Papier außerordentlich häufig die Begriffe „Transformation“, „Transformation der Gesellschaft“, „Transformationspfad“ u. ä. gebraucht werden.

Das trifft sich mit der These von Michael Brie und Dieter Klein: „DIE LINKE braucht ein neues strategisches Fundament“ und als solches könnte sich „das Konzept einer doppelten Transformation... erweisen“ (ND 30. 12. 2013). Wenn Genossen, die sich als Parteitheoretiker empfinden, neue Gedanken zur Diskussion stellen, kann das interessant und nützlich sein. Wenn solche Idee als „strategisches Fundament“ der Partei empfohlen und von den Parteivorsitzenden als Orientierung in ein strategisches Führungsinstrument aufgenommen wird, erhält das Ganze ein besonderes Gewicht und bedarf einer gründlichen Analyse.

Doppelte Transformation bedeutet, dass dieser Prozess in zwei Stufen vor sich geht. Die erste Stufe „handelt davon, dass Umverteilung von Lebenschancen auch die Umverteilung von

Macht, Eigentum und Verfügung erfordert. Das betrifft besonders die Macht der Banken und Investmentfonds, der Energiekonzerne und eine entschiedene Ausweitung von öffentlichem Eigentum, vor allem aber der öffentlichen Daseinsvorsorge“ (ND 26./27. 05. 2012). Die Erfüllung dieser Erfordernisse sei deshalb eine erste Stufe dieses Prozesses, weil dies noch innerhalb der bestehenden Produktions- und Eigentumsverhältnisse erreichbar sei. Es gehe um einen „erneuerten Sozialstaat“.

Natürlich weist Dieter Klein darauf hin, dass für die Realisierung solcher Entwicklung gesellschaftliche Mehrheiten erforderlich sind, die „neue Bündnismöglichkeiten auch mit solchen Kräften ermöglichen, die nicht mehr als einen besseren Kapitalismus wollen“ (ND 6./7. Juli 2013). Für eine Mehrheitsbildung, mit der ernsthaft an die Profitmechanismen, an Bankenherrschaft und Rüstungsindustrie herangegangen werden kann, sind solche Bündnisse unabdingbar. Wie stabil sie sein werden, wird sich zeigen, wenn die herrschenden Eliten die verschiedenen Gruppierungen solcher Mehrheit instrumentalisieren, kanalisieren und korrumpieren werden.

Aber wichtiger ist etwas anderes. Gefordert und für möglich gehalten wird die Rückkehr zu einem „erneuerten Sozialstaat“. Das heißt – und wird auch von den entsprechenden Autoren so beschrieben –, dass die Beherrschung der gesamten Volkswirtschaft durch die Großbanken, durch die Industriemonopole und die Rüstungskonzerne auf die Ebene eines Konkurrenzkapitalismus bzw. einer Wettbewerbswirtschaft nach Ludwig Erhards Motto und Walter Euckens Muster heruntergeschraubt wird. Dieter Klein und Michael Brie meinen, es „könnte die Bundesrepublik einen besonderen Beitrag zum Einstieg in eine Transformation des gegenwärtigen neoliberalen und finanzmarktgetriebenen Kapitalismus hin zu einer sozial und ökologisch regulierten bürgerlich - kapitalistischen Gesellschaft leisten“ (ND, 30. 12. 2013).

Hier soll nicht darüber reflektiert werden, inwieweit die Forderung nach Rückkehr von einem finanzmarktdominierten Mo-

nopolismus zu einer Wettbewerbswirtschaft mit freier Konkurrenz historisch und klassenmäßig betrachtet eine kleinbürgerliche Forderung ist.

Wichtiger ist die Frage, ob denn solcher Rückbau des Systems politisch und ökonomisch überhaupt möglich ist. Viele namhafte Autoren haben nachgewiesen, dass und wie aus der sogenannten freien Konkurrenzwirtschaft durch Konzentration und Akkumulation des Kapitals Monopole entstanden, wie sich durch den Kampf der Monopole, Konzerne und Trusts um die profitabelsten Anlagesphären der Finanzmarkt entwickelte und wie dadurch die Lösung des Finanzkapitals von der Realwirtschaft entstand. Das gilt nicht nur für Lenins Hauptwerk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, sondern auch für seine „Hefte zum Imperialismus“ (Werke Bd. 39). Weniger bekannt ist, dass sich Lenin dabei schon auf „Das Elend der Philosophie“ stützen konnte, wo Marx den Zusammenhang von Monopol und Konkurrenz herausgearbeitet hat. Auch in den „Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie“ verwies Marx auf die Gesetzmäßigkeit des Kapitals, die freie Konkurrenz zu beschränken, sobald sie sich als Schranke für höhere Profiterwirtschaftung erweist. Zu nennen ist auch die Arbeit von Rosa Luxemburg „Die Akkumulation des Kapitals“. Dazu gehört auch „Das Finanzkapital“ von Rudolf Hilferding. Die für den hiesigen Zusammenhang wesentliche Erkenntnis dieser und vieler anderer Autoren besteht darin, dass Monopol und Finanzkapital „mit absoluter Unvermeidlichkeit alle Gebiete des öffentlichen Lebens, ganz unabhängig von der politischen Struktur und beliebigen anderen Details durchdringen“ (Lenin, Werke Bd. 22, S. 241). Es geht also um eine historische und ökonomische Gesetzmäßigkeit, die nicht durch einige Reformen auf sozialpolitischem Gebiet außer Kraft zu setzen ist.

Natürlich besteht Einigkeit darüber, dass die Er kämpfung solcher Reformen von großer Bedeutung für die Verbesserung der Lage der benachteiligten Bevölkerungsschichten ist. Aber solange wie die Produktions- und Eigentumsverhältnisse und die

daraus folgenden Machtstrukturen erhalten bleiben, bleibt auch das Wesen dieses Systems unverändert.

Diese Erkenntnis sieht man auch bei Dieter Klein aufscheinen, wenn er schreibt: „Auch ein besserer postneoliberaler Kapitalismus wird die Wurzeln kapitalistischer Widersprüche und Desaster immer wieder reproduzieren“ (ND 6./7. Juli 2013). Und: „Ohne Veränderung des Kerns der Eigentums-, Verfügungs- und Machtverhältnisse werden Reformen nicht dauerhaft erfolgreich sein“. Aber statt auf diesem Wege der Erkenntnis weiterzuschreiten, macht er auf dem Absatz kehrt und hält es für möglich, die erste Stufe einer Transformation würde „eine den Neoliberalismus überwindende, also postneoliberale Transformation zu sozial und ökologisch regulierten bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften sein“ (ebenda).

Und hier nun kommt die zweite Stufe der doppelten Transformation ins Spiel. Kurz zusammengefasst und so im Original formuliert heißt das, „um jede unter den gegebenen Verhältnissen mögliche Verbesserung und Reform zu kämpfen und zugleich in diesen Verhältnissen praktische solidarische, potenziell sozialistische Elemente, Tendenzen, Eigentumsverhältnisse und politische Formen zu erkennen, aufzugreifen und als Ansätze gesellschaftlicher Transformation zu entfalten“ (ND 30. 12. 2013). Diese „potenziell sozialistischen Elemente, Tendenzen und Eigentumsverhältnisse“ sollen „die Umgestaltung im Kapitalismus“ bedeuten. Allerdings soll dieser Prozess „über den Kapitalismus hinaus führen“ und „dies in der Gestalt sehr konkreter Projekte und mit der Fähigkeit, sich dabei auf langfristige Prozesse einzulassen“.

Diese wesentlichen Züge einer „doppelten Transformation“ sind unter vier Aspekten zu durchdenken.

Erster Aspekt: Dieses Konzept wird als neue Strategie, als neues Fundament für die Politik der Partei DIE LINKE und darüber hinaus aller linken Kräfte empfohlen. Wie neu ist es aber wirklich? Diese Frage beantwortet ein Blick in die Geschichte sozialreformistischen Denkens. Man muss dabei nicht nur auf

die bekannten Thesen von Eduard Bernstein und die Auseinandersetzung von Rosa Luxemburg damit verweisen. Bereits auf dem Parteitag der SPD in Frankfurt/Main 1894 legte Max Schippel eine EntschlieÙung vor, in welcher anstelle des Kampfes gegen die Monopole auf Arbeiterschutzgesetze und Demokratisierung orientiert wurde. Vor allem aber wurde in den zwanziger Jahren die Theorie von der „Wirtschaftsdemokratie“ verbreitet. Auf Veranlassung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erschien 1928 eine Gemeinschaftsarbeit namhafter sozialreformistischer Theoretiker, die z. T. auch Leitungsfunktionen in der SPD innehatten: „Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel“. Und nun beachte man die Ähnlichkeit der Formulierungen mit denen im Transformationskonzept! In dieser Schrift wird betont, dass mit der Wirtschaftsdemokratie „neue konkretere Vorstellungen über den Weg zur Verwirklichung der neuen Gesellschaftsstruktur verbunden sind“ (S. 10). Die Zielstellung lautet: „Durch Demokratisierung der Wirtschaft zum Sozialismus!“ (S. 13). Die Demokratisierung der Wirtschaft wird „als ein Prozess der Umwandlung des Wirtschaftssystems vom Kapitalismus zum Sozialismus“ verstanden (S. 175). Diese Autoren behaupten, es wachse die Tendenz, „die Verfügung über die Produktionsmittel der Alleinherrschaft der Unternehmer zu entreiÙen“ (S. 175). In einer Arbeit über „Konjunktur, Arbeiterklasse und sozialistische Wirtschaftspolitik“ schrieb Fritz Naphtali 1928: „Heute sehen es die Gewerkschaften und die sozialistischen Parteien überall als ihre Aufgabe an, Krisenerscheinungen zu bekämpfen. Das Ziel ihrer Wirtschaftspolitik ist Überwindung, Milderung und Verhütung der Krisen“(S. 5). Auf dem Leipziger Parteitag der SPD 1931 erklärte Fritz Tarnow im Hauptreferat: „Nun stehen wir ja allerdings am Krankenlager des Kapitalismus nicht nur als Diagnostiker, sondern auch – ja, was soll ich da sagen? - als Arzt, der heilen will.“

Es lieÙen sich noch viele Formulierungen dieser Art anführen. Die vorgestellten von einflussreichen Sozialreformisten sollen

zeigen, dass es sich nicht um zufällige oder einzelne Meinungen handelt, sondern um eine ideologische und politische Strömung. Und wenn Dieter Klein literarische Ambitionen offenbart mit Buch – und Zeitungstiteln wie „Das Morgen tanzt im Heute“, so kann man mit dem Volksmund antworten: Alter Wein in neuen Schläuchen!

Zweiter Aspekt: Die genannte wirtschaftspolitische Zielstellung ist daraufhin zu prüfen, zu welchen praktischen Ergebnissen sie geführt hat. Nach dem I. Weltkrieg war die deutsche Wirtschaft zerstört, die Herrschaft des Großkapitals deutlich eingeschränkt und das kapitalistische System ernsthaft erschüttert. Trotz fehlgeschlagener Novemberrevolution war die Arbeiterbewegung noch stark, wenn auch zersplittert. Objektiv bestand durchaus die Möglichkeit einer grundsätzlichen Veränderung des Gesellschaftssystems.

Was aber geschah wirklich?

Zunächst gab es in den oberen Rängen der Kapitaleigentümer eine Menge Kriegs- und Inflationsgewinnler. Das erklärt sich daraus, dass vorher erhaltene Kredite und gemachte Schulden nun in entwertetem Geld zurückgezahlt werden konnten, die damit angelegten Produktionsanlagen, Immobilien und Ländereien aber ihren Wert behielten.

Dann begann eine Rationalisierungswelle in der Industrie. Aus den USA wurde technisches und betriebswirtschaftliches Know-how eingeführt sowie moderne Maschinerie für Fließbandarbeit, Serienproduktion und Taylorismus. Von Mitte bis Ende der zwanziger Jahre entstand eine Wachstumsphase der deutschen Wirtschaft, die sich vor allem auf die chemische, elektrotechnische, feinmechanische und optische Industrie erstreckte. Diese Entwicklung vollzog sich durch Zentralisation und Konzentration des Kapitals und bewegte sich in der Form von Konzernen, Kartellen, Syndikaten und Trusts. Durch Fusionen entstanden Mammutunternehmen wie die IG-Farben als größter Chemiekonzern der Welt, die Vereinigten Stahlwerke an der Ruhr als zweitgrößtes Unternehmen der Eisen- und

Stahlindustrie der Welt usw. Es gab also eine gewaltige Entwicklung und Stärkung des Monopolkapitals, festzumachen an Namen wie Hugo Stinnes, Krupp, Thyssen, Borsig, Flick, Siemens u.a.m.

Alle sozialreformistischen Illusionen darüber, dem durch Gewerkschaften, Genossenschaften, Arbeiterwohnungsbaugesellschaften, kommunale Verbände u. ä. entgegenwirken zu können, lösten sich in Nichts auf. Die Bildung eines Kartellamtes zur Kontrolle und Verhinderung von Monopolbildungen wirkte nur noch lächerlich.

Das alles geschah unter dem sozialdemokratischen Parteivorsitzenden und Reichskanzler Friedrich Ebert. Als er 1925 starb und der Parteivorsitz an Hermann Müller überging, wurde 1928 eine große Koalition vorbereitet. Die Bedingung bestand unter anderem darin, dass zwar Minister aus den Parteien SPD, Zentrum, DDP und DVP im Kabinett sitzen sollen, sich aber nicht an ihre Fraktion und Partei gebunden fühlen sollen. Man beachte die Gegenwartsbezogenheit! Anfang 1929 kam die große Koalition zustande. Reichskanzler wurde der Sozialdemokrat Hermann Müller. Als Minister „regierten“ die Sozialdemokraten Carl Severing für Inneres, Rudolf Hilferding für Finanzen und Rudolf Wissel für Arbeit und Soziales.

Die Grundlage ihrer Politik bestand im Heidelberger Programm der SPD von 1925: „Die demokratische Republik ist der günstigste Boden für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse und damit für die Verwirklichung des Sozialismus. Deshalb schützt die Sozialdemokratische Partei die Republik und tritt für ihren Ausbau ein“.

Zu Beginn der zwanziger Jahre wurde plakatiert: Der Sozialismus marschiert! In der Mitte hieß es: Die Sozialisierung marschiert! Und am Ende der Zwanziger marschierte die Weimarer Republik direkt in den Faschismus. Dies alles vollzog sich auf der Grundlage jener Strategie und politischen Konzeption, die von den Sozialreformisten entwickelt worden war. Nach dem offensichtlichen Scheitern dieser theoretischen Konzepte in der

gesellschaftlichen Praxis heute das fast Gleiche als neue Vision den heutigen Linkskräften zu empfehlen, ist von ernsthafter Wissenschaft weit entfernt. Der Prüfstein für die Richtigkeit einer Theorie bleibt immer noch die Praxis. Und die Ignoranz gegenüber dieser Praxis erfolgt angesichts eines Finanzmarktkapitalismus mit rüstungsmonopolistischer Dominanz, der wirtschaftlich, militärisch und international um vieles stärker ist, als es das deutsche Monopolkapital in der Weimarer Zeit war.

Im Unterschied zu Weimar dominiert heute das deutsche Finanz- und Industriekapital die monopolistisch verfasste Europäische Union. Dies gilt nicht nur für Wirtschaft und Finanzen, sondern auch für die militärische Absicherung der Festung Europa. Und gesamtgesellschaftlich zwingt die deutsche Großbourgeoisie Völkern wie Griechenland eine neoliberale Austeritätspolitik auf, die sich in solch schwächeren Ländern wie Griechenland, Portugal oder Spanien besonders drastisch auf die Bevölkerung auswirkt. Und dennoch wird dort wachsender Widerstand, der sich in Griechenlands demokratischen Wahlen manifestiert, in der Bundesrepublik zu keiner doppelten Transformation führen.

Dritter Aspekt: Es geht um die schwierige Frage der politischen Macht. Korrekterweise muss eingeräumt werden, dass das Problem der Macht im Transformationskonzept nicht völlig ignoriert wird. So heißt es: „Die monopolistischen und finanzkapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse sind die entscheidende Ursache dafür, dass wir unter den gesellschaftlich erarbeiteten Möglichkeiten leben...“ Es bestehe die „Notwendigkeit der Umverteilung von Macht und Eigentum“ und „Das betrifft besonders die Macht der Banken und Investmentfonds, die Energiekonzerne<<. Aber sobald es darum geht, wie denn diese Umverteilung von Macht und Eigentum erfolgen soll, kommt die Transformation zur Sprache. Es wird angeführt, dass Gemeinden einen kleinen Solarpark bauen, dass Genossenschaften sich von Elektrokonzernen unabhängig machen, dass eine Stadt die kommunale Wasserversorgung selbst über-

nimmt u.ä.m. Dies sei „eine Gegenbewegung zum neoliberalen Privatisierungsrausch...“ und „es werden Chancen dafür eröffnet, dem Gemeinwohl den Vorrang vor dem Profit zu geben“. Die Schlussfolgerung lautet: „Dem Finanzmarktkapitalismus kann das Genick gebrochen werden.“

An dieser Stelle ist dialektisches Denken, gefragt. Einerseits ist der Bau von Solarparks, die Bildung von Genossenschaften, kommunale Wasserversorgung und die Organisation anderer kleiner Wirtschaftseinheiten vorbehaltlos zu unterstützen. Sie stehen in der Tat dem neoliberalen Privatisierungsrausch entgegen und sind auf Verbesserungen für die örtliche Bevölkerung gerichtet. Dies stärkt auch das Selbstbewusstsein der Akteure, ernsthaft etwas gegen die herrschenden Wirtschaftskräfte tun zu können. In dieser Hinsicht kann man mit den Transformationstheoretikern einig sein.

Andererseits aber bedient es auch eine gewisse Selbstgenügsamkeit gegenüber der Kapitalherrschaft im Ganzen. Die durchaus begrüßenswerten örtlichen Verbesserungen tragen zugleich die Gefahr in sich, dass die Teilnahme am weiteren Kampf gegen das Gesamtsystem hinten gestellt oder ganz preisgegeben wird.

Ungeachtet dieser dialektischen Widersprüchlichkeit bleibt die historische Erfahrung aus der Weimarer Republik gültig, dass auf diesem Weg dem Finanzmarktkapitalismus nicht das Genick zu brechen ist und eine neue Gesellschaftsformation errichtet werden kann. Die Verbreitung solcher Illusion kann die Auseinandersetzung mit der neoliberalen Wirtschaftspolitik generell nur behindern.

Aber es gibt noch eine andere Seite der Machtproblematik, die von den entsprechenden Autoren in der Tat völlig übergangen wird. Sie verweisen auf die Notwendigkeit der „Herausbildung einer Mehrheitsmeinung, die die skandalösen sozialen Spaltungen durch den Block an der Macht nicht mehr akzeptiert.“ Wenn nun ein solcher von der Mehrheitsmeinung getragener

Block an der Macht zwecks Überwindung des bestehenden Herrschaftssystems zustande kommt – was passiert dann?

Es sei erinnert an die These aus dem Kommunistischen Manifest: „Die moderne Staatsgewalt ist nur ein, Ausschuss, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeois-klasse verwaltet.“ Da der Staat das Gewaltmonopol besitzt, ist er auch imstande, zur Sicherung der „Geschäfte der ganzen Bourgeois-klasse“ vom Gewaltmonopol Gebrauch zu machen. Staatliche Gewaltanwendung findet immer dann statt, wenn oppositionelle Aktivitäten eine Form und einen Umfang erreichen, der die staatliche Herrschaftsausübung behindert oder gar die Existenz des bestehenden Herrschaftssystems gefährdet. Hierher gehört auch die Erkenntnis von Lenin, dass die herrschenden Klassen ihre politische Macht und ihre ökonomischen Besitzstände niemals widerstandslos aufgeben, sondern bei ernsthafter Bedrohung mit rücksichtsloser Gewaltanwendung verteidigen.

Hierbei geht es nicht um theoretische Thesen, sondern um die Verallgemeinerung historischer Erfahrungen. Als die Weimarer Republik in Existenzkrisen taumelte, ließen sich die Monopole ihre weitere Profiterwirtschaftung durch faschistische Gewalt sichern. Als in Spanien 1936 eine Volksfront gebildet wurde, diese in den Wahlen die absolute Mehrheit errang und demokratische Veränderungen einleitete, wurde ein von Franco geführter faschistischer Putsch inszeniert. In dreijährigem Bürgerkrieg wurde der Volkswille zerschlagen und die imperialistische Herrschaft gegen jegliche demokratische Veränderung abgesichert. Als in Chile 1970 eine Mehrparteien- Volksregierung mit antiimperialistischem Programm gebildet wurde und tiefgreifende Umgestaltungen einleitete, wurde von der Großbourgeoisie mit Unterstützung der USA ein Staatsstreich organisiert, der demokratisch gewählte Präsident Allende ermordet und die Macht von einer Militärjunta übernommen.

In der Bundesrepublik kommt heute das Industrie- und Finanzkapital noch damit aus, die antikapitalistischen und sozialkritischen Bewegungen, Organisationen, Netzwerke und Par-

teien mit ihren unterschiedlichen Positionen zu steuern. Dabei spielt auch eine wesentliche Rolle, dass sich die Möglichkeiten der herrschenden Eliten für die geistige Beherrschung der Bevölkerungsmehrheit enorm verändert haben. Zur Zeit von Marx bestand dessen Auffassung noch darin, dass die Entwicklung der Produktivkräfte durch die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse gebremst und abgeblockt wird, dass der Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen zu ihrem Konflikt führt und das sich daraus eine revolutionäre Situation entwickelt. Inzwischen hat sich eine neue Lage erbeben. Die Produktivkraftentwicklung hat mit Kommunikationstechnik, Computerisierung und Digitalisierung zu keinem grundsätzlichen Konflikt mit den Produktionsverhältnissen geführt. Im Gegenteil: Die Wechselbeziehung zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen hat sich völlig umgekehrt. Die moderne Technik wird in vielfältiger Weise dazu genutzt, die bestehenden Eigentumsverhältnisse zu erhalten und zu sichern. Dabei kommt den großkapitalistischen Massenmedien eine entscheidende Rolle zur geistigen Beherrschung der Bevölkerung zu. Unter diesen Bedingungen ist es besonders schwer, Mehrheiten für den prinzipiellen Kampf gegen dieses Herrschaftssystem und für seine Überwindung zu gewinnen.

Dabei geht es den herrschenden Eliten nicht nur um die Erhaltung ihrer Machtpositionen und um die Sicherung ihrer Besitzstände. Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik weist in ihrem Memorandum 2015 darauf hin, dass gegenwärtig die Wirtschaftspolitik der transnationalen Konzerne darauf zielt, „bisher geschützte Bereiche öffentlicher Dienstleistungen den Spielregeln des kapitalistischen Wettbewerbs zu unterwerfen. Öffentliche Güter – von Gesundheit über Bildung und Kultur bis zur Versorgung mit lebensnotwendigen wie etwa Wasser – sollen in handelbare Güter überführt werden, um ihre Bereitstellung für Profitinteressen zu öffnen“. Die Mittel dafür sind CETA, TTIP und TISA. Noch bestehende Gestaltungsspielräume für eine alternative demokratische Finanz-, Wirtschafts- und

Sozialpolitik sollen auf diese Weise weiter eingeschränkt und schließlich eliminiert werden. Das ist die Richtung, in der sich das herrschende System bewegt.

In einem sehr lesenswerten Beitrag hat Wolfgang Storz (ND v. 30/31. Mai 2015) auf den Zusammenhang von industrieller und politischer Macht hingewiesen. Er stellt fest, dass sich bei dieser technischen Entwicklung alles verändert, „bei weitem nicht nur Produkte, Produktion, Verteilung und Arbeit in der Industrie, sondern auch Arbeit und Abläufe im Sektor der Dienstleistungen; ob Finanzen, Gesundheit oder Bildung. Die Digitalisierung des Ökonomischen wird Arbeit und Leben grundlegend verändern – digitales Lernen, autonomes Auto, 3-D- Drucker, selbstlernende Computer, Roboter allerorten, auch in der Pflege.“ Und Wolfgang Storz fragt: „Wofür wird der enorme Produktivitätsschub genutzt oder für sehr viel kürzere Arbeitszeiten?“ Und er schlussfolgert: „Jede Technik wird nach den Interessen derjenigen entwickelt und eingesetzt, die das Geld und die Macht haben; neutral ist sie nie.“

In diesen Entwicklungen bereits „praktische solidarische, potentiell sozialistische Elemente, Tendenzen, Eigentumsverhältnisse und politische Formen zu erkennen, aufzugreifen und als Ansätze gesellschaftlicher Transformation“ zu betrachten, bedarf schon einer sehr weltfremden Sichtweise.

In der Bundesrepublik kommt heute das Industrie- und Finanzkapital noch damit aus, die antikapitalistischen und sozialkritischen Bewegungen, Organisationen, Netzwerke und Parteien mit ihren unterschiedlichen Positionen zu steuern. Wenn aber dennoch größere Aktionen zustande kommen – siehe Heiligendamm, Stuttgart 21, Dresden, Castor – Transporte - , so reicht noch überdimensionaler Polizeieinsatz. In entsprechender Voraussicht hat die Bundesregierung bereits entschieden, dass die Einschränkung der Bundeswehr auf Verteidigung und international abgestimmte Militäreinsätze im Prinzip aufgehoben ist. Es soll in Zukunft möglich sein, die Bundeswehr auch im Inland einzusetzen. Als solcher Fall wird der Einsatz

gegen Terrorismus bezeichnet. Nun wird von konservativer Seite seit langem jede linke und ernsthaft kapitalismuskritische Regung als Extremismus denunziert. Wer also wird wohl in dieser Staatsordnung entscheiden, wann sie sich durch „Terrorismus“ bedroht sieht und wer wird den Befehl für den Einsatz der Bundeswehr gegen solch „innere Bedrohung“ geben?

Seit Juni 2012 werden an 30 Standorten bundesweit „Regionale Sicherungs- und Unterstützungskompanien“ aufgestellt. Damit wird die militärische Absicherung des bestehenden Systems „rechtsstaatlich“ gesichert. Notfalls gibt es auch noch die in Bildung begriffene Eingreiftruppe der EU, von den Bündnisverpflichtungen der NATO nicht zu reden.

Angesichts dieser internationalen historischen Erfahrungen und der aktuellen Situation in der Bundesrepublik die Illusion zu verbreiten, man könne diesem Finanzmarktkapitalismus mit Genossenschaften, kommunalen Windparks, städtischen Wasserwerken und sozialpolitischen Verbänden das Genick brechen, "wählt tatsächlich nicht einen ruhigeren, sicheren, langsameren Weg zum gleichen Ziel, sondern ein anderes Ziel, nämlich statt der Herbeiführung einer neuen Gesellschaftsordnung bloß quantitative Veränderungen in der alten" (Rosa Luxemburg). Zu diesem Resultat kommt man, wenn man das Problem der Macht und ihre Rolle im Klassenkampf systematisch ausklammert.

Vierter Aspekt: Es ist auch zu durchdenken, inwieweit das Transformationskonzept mit der Zielstellung sozialreformistischer Kräfte zusammenhängt, für 2017 eine Rot-Rot-Grüne Koalition vorzubereiten. Dieses Thema geistert schon seit einiger Zeit durch die Büros von Politikern und durch die Spalten von Zeitungen und Zeitschriften. Bei Dieter Klein heißt es, dieses Konzept „könnte Chancen für einen Cross-over - Dialog auch im Parteienspektrum bieten.“ Der Fraktionschef der LINKEN hat bereits Vorbereitungsgespräche mit den Parteiführungen von SPD und Grünen angekündigt. Da in der Innen- und Wirtschaftspolitik weitgehende Übereinstimmung besteht, liegt die

Problematik in der Außen- und Sicherheitspolitik. Hier nun stoßen die Transformationstheoretiker als Mitglieder der Partei DIE LINKE an die Grenzen ihres eigenen Parteiprogramms. Dort ist festgeschrieben: „An einer Regierung, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, die Privatisierungen der Daseinsvorsorge oder Sozialabbau betreibt, deren Politik die Aufgabenerfüllung des öffentlichen Dienstes verschlechtert, werden wir uns nicht beteiligen.“ Und an anderer Stelle: „Wir fordern die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, das Abrüstung als zentrales Ziel hat.“ Kürzlich hat Oskar Lafontaine in der Jungen Welt vom 28. Januar 2015 und in seiner Rede auf der Rosa-Luxemburg – Konferenz am 10. Januar 2015 diese Programmposition ausführlich mit aktuellen Argumenten untermauert. Seine Schlussfolgerung: „DIE LINKE darf in den nächsten Jahren keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, dass die Voraussetzung einer Beteiligung an einer Bundesregierung eine Außenpolitik ist, die sich der vom US – Imperialismus zu verantwortenden militärischen Eskalation entzieht.“

Um die diesen Problembereich betreffende Transformationsarithmetik zu durchschauen, muss man schrittweise vorgehen. Zunächst wird der Forderung nach Austritt aus der NATO der Einwand entgegengehalten, dies bedeute den Bruch mit einem über 60 Jahre etablierten Vertragssystem, löse Deutschland aus festen Verankerungen heraus, verspiele seine Verlässlichkeit und würde die internationalen Kräftekonstellationen destabilisieren (Brie / Klein, ND 30.12. 2013). Schon hier entsteht die Frage, wodurch denn internationale Kräftekonstellationen destabilisiert werden? Nicht etwa durch den Bruch der festen Vereinbarung, keine Osterweiterung der NATO durchzuführen? Nicht etwa durch die Platzierung von Nato-Raketen rings um die Grenzen Russlands im Baltikum, in Polen und in Rumänien? Nicht etwa durch den von den Westmächten finanziell, militärisch und organisatorisch unterstützten Staatsstreich

rechtsradikaler Kräfte in Kiew gegen eine demokratisch gewählte Regierung, wodurch eine ganze Region in bürgerkriegsartigen Zustand geriet? Und wem gegenüber ist denn Verlässlichkeit deutscher Politik angesagt? Gegenüber der deutschen Wählerschaft oder der US- dominierten NATO?

Von Brie und Klein wird vorgeschlagen: „Solange die NATO noch existiert, könnte die Mitgliedschaft Deutschlands im Bündnis ... ein Kompromiss sein, den DIE LINKE eingeht ...“ Dazu gehört auch die These: „Sicherheitspolitische Realpolitik wird die vertragliche Ausgangssituation anerkennen müssen“. Das heißt im Klartext, alle militärischen, finanziellen und sonstigen Vertragsverpflichtungen innerhalb der NATO sind anzuerkennen und einzuhalten. Was soll da noch der Vorbehalt: „Zu entscheiden wäre nach Einzelprüfungen zwischen UN-mandatierten friedenssichernden Formen von Auslandseinsätzen und abzulehnenden Kampfeinsätzen der Bundeswehr“? Erstens wird jeder NATO-Einsatz – ob mit oder ohne UN-Mandat – als friedenssichernd ausgegeben. Und zweitens entscheiden über deutsche Beteiligung an Kampfeinsätzen im Ausland nicht die 65 Prozent deutsche Bevölkerung, die sich schon gegen den Afghanistan - Krieg ausgesprochen haben, sondern die in Regierungsverantwortung tätigen Interessenvertreter von Finanzkapital und Rüstungswirtschaft.

Insgesamt ordnet sich die außen- und sicherheitspolitische Position der Transformationstheoretiker ein in das Bemühen der sozialreformistischen Strömung in der LINKEN um Regierungsbeteiligung auf Bundesebene. Um dies zu erleichtern wird in den entsprechenden Publikationen der demokratische Sozialismus für eventuelle künftige Koalitionspartner mal schnell zum „grünen Sozialismus“ umdekoriert.

Dem steht aber das von der überwältigenden Mehrheit der Parteimitgliedschaft getragene Parteiprogramm entgegen. Daher ist zu erwarten, dass zu gegebener Zeit wieder eine Diskussion über das Parteiprogramm ausgelöst werden wird. Dabei wird es darum gehen, ob DIE LINKE ihren programmatisch festge-

legten Charakter einer konsequent antikapitalistischen, sozialistischen und friedenspolitischen Kampfpartei beibehält oder ob sie zu einer sozialreformistischen Nebenstelle der SPD wird. Es geht also letztlich bei alledem nicht um eine historische oder theoretische Debatte, sondern um Wesen und Charakter unserer Partei.

Weder für die heutige SPD noch für die Grünen ist eine LINKE mit dem Erfurter Programm als Regierungspartner akzeptabel. Soll also die von namhaften linken Politikern angestrebte Anerkennung ihrer Regierungsfähigkeit erreicht werden, erfordert dies eine sozialreformistische Umformung der Partei und damit die Preisgabe ihrer wesentlichen Prinzipien und ihrer Identität.

Als ideologische und strategische Grundlage dafür soll das Konzept einer „Transformation des Kapitalismus“ dienen. Nicht zufällig beschreibt Katja Kipping auf der „Woche der Zukunft“ ihre politische Position erneut „als eine Politik, die auf Transformationspfaden vorankommt“ (ND Beilage, S. 4).

Was Wesen und Charakter der Partei betrifft, so sagte Bernd Riexinger in aller Deutlichkeit auf der gleichen Veranstaltung: „Das Modell einer Partei, die vertikal aufgebaut ist und an deren Spitze charismatische Führer wie teils in Lateinamerika stehen, das ist nicht das Modell der Zukunft. Demokratischer Sozialismus heißt für mich: ein emanzipatorischer Ansatz, der die Selbstermächtigung der Vielen voranbringt. Was dazu jeweils organisatorisch, also die Form der Partei betreffend, am sinnvollsten ist, muss stets neu diskutiert werden“ (S. 6).

Da stellen sich doch zwei Fragen. Erstens, ob wohl die Revolution in Kuba und die Volksbefreiungsbewegungen mit sozialistischer Zielstellung in Venezuela, Bolivien und Ecuador ihre Erfolge auch ohne das Modell einer vertikal aufgebauten Partei und ohne charismatische Führer wie Fidel Castro, Hugo Chavez, Rafael Corea und Evo Morales erreicht hätten? Ob dazu ein „emanzipatorischer Ansatz, der die Selbstermächtigung der Vielen“ beinhaltet ausgereicht hätte? Die Frage stellen heißt sie beantworten.

Und zweitens soll das Organisatorische und „die Form der Partei betreffende“ ... stets neu diskutiert werden'. Heißt das, die in Erfurt beschlossenen Dokumente (Programm und Satzung) werden zur Disposition gestellt? Heißt das, die Partei wird mit stetiger Diskussion über ihre Form und Organisation beschäftigt? Und wenn eine vertikal aufgebaute Partei mit qualifizierter Führung „nicht das Modell der Zukunft“ ist, heißt das, dass schrittweise eine Umgestaltung zu einer „emanzipatorischen Selbstermächtigung der Vielen“ angestrebt wird?

Diese Fragen zeigen die Problematik, zu der eine Strategie auf der Grundlage der Transformationstheorie führt. Oder wird vielleicht diese Theorie entwickelt, um eine politische Position und Strategie theoretisch und ideologisch zu rechtfertigen? Es zeigt sich, welcher beträchtlichen Diskussionsbedarf die Analyse des Transformationskonzepts beinhaltet.

Abschließend noch ein Wort zu Methode und Denkweise. Die genannten Autoren wählen zur Kennzeichnung ihres Gedankengebäudes den Begriff „Erzählung“. Und dies nicht nur da und dort zur Auflockerung von Text und Stil, sondern recht prinzipiell. Die Rede ist von „einer einenden Erzählung der Linken“, vom „archimedischen Punkt einer linken Erzählung“, von der „Leitidee einer modernen Erzählung“, von einer „Erzählung der Linken für das 21. Jahrhundert“ usw. Im ND vom Mai 2012 wird allein auf einer Zeitungsseite in verschiedenen Zusammenhängen der Begriff „Erzählung“ 14 mal (in Worten vierzehn) gebraucht.

Aber was ist eigentlich eine Erzählung? Der Brockhaus definiert in seiner Enzyklopädie (Bd. 8) die Erzählung als „Einzelgattung der Epik“. Sie ist „kürzer als der Roman, aber nicht so knapp und andeutend wie Skizze und Anekdote, im Unterschied zur Novelle weniger streng gebaut und weniger pointiert als die Kurzgeschichte“. Im Lexikon von Bertelsmann heißt es in Bd. 4: „Erzählung, in Prosa oder Versen abgefasste Darstellung von wirklichen oder erdachten Geschehnissen, Sammelbegriff für alle epischen Gattungen ...“ Es geht also um eine Literaturform

zwischen Roman, Novelle und Kurzgeschichte. Es geht nicht – und darauf kommt es hier an! – um Wissenschaft, nicht um gesellschaftswissenschaftliche Theoriebildung, nicht um politische Strategie oder Parteiprogrammatik. Es geht um Literatur! Nun könnte man sagen: lasst doch die Erzähler erzählen. Aber erstens wurde oben gezeigt, welche historischen Erfahrungen, politischen Zusammenhänge und Zielstellungen hinter diesen Erzählungen stehen. Und zweitens kann dieser Begriff auch dazu dienen, allen Linksorientierten oder auch Halblinken nahe-zulegen, sich im Hinblick auf Gesellschaftsentwicklung nicht um Wissenschaft zu sorgen, sich nicht um theoretische Analyse zu kümmern und nicht historische Erfahrungen einzubeziehen. Es soll genügen, sich mit literarischer Darstellung, mit Epik zwischen Roman und Novelle und eben mit „Erzählungen“ zufrieden zu geben. Insofern hat die Wahl dieses Begriffes, die auffallende Häufung und die vielfältige Ausstattung mit den verschiedenartigsten Attributen durchaus eine ideologische Funktion. Auch dies gehört zum Wesen des Transformationskonstrukts, welches eben nicht der Literatur und Epik überlassen werden kann.